



Foto: ORF

Foto: ORF

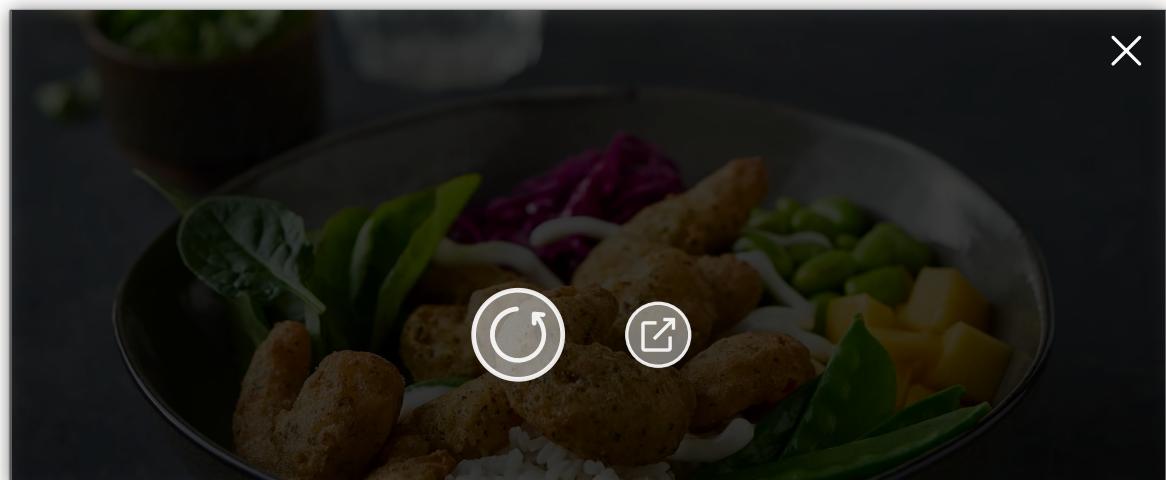
Chronik

Debatte über mögliches Windkraftverbot

Wie soll es nach der Volksbefragung mit der Windkraft weitergehen? Nach einem runden Tisch hieß es vergangene Woche, ein Totalverbot sei rechtlich nicht möglich. Die FPÖ beharrt nun darauf, dass sie nie ein Totalverbot gefordert habe – es gehe in erster Linie um neue Projekte. Das Land will kommende Woche einen Kompromiss erzielen.

20.01.2025 12.45

Gemeinsam mit dem Salzburger Universitätsprofessor Christoph Urtz lud die Kärntner FPÖ am Montag zu einer Pressekonferenz. In der nächsten Landtagssitzung wollen die Freiheitlichen einen Dringlichkeitsantrag einbringen, wonach neue Windkraftprojekte „nach einer neuen Rechtslage abzuhandeln“ seien, so der Kärntner FPÖ-Landesparteiobmann Erwin Angerer.





Die FPÖ habe nie ein Totalverbot gefordert, sie beharre aber auf einem landesgesetzlichen Verbot für weitere Windkraftanlagen auf den Almen und Bergen. Dieses müsse für alle Projekte gelten, die nach der Volksbefragung am 12. Jänner eingereicht werden.

FPÖ spricht von „Polit-Show“ nach Befragung

Angerer saget dazu: „Im Landtag muss das Energiewendegesetz entsprechend abgeändert werden. Ich appelliere an die Verantwortung jedes Landtagsabgeordneten und vor allem an die Landtagsclubs sich damit ernsthaft auseinanderzusetzen.“ Das Ergebnis der Volksbefragung dürfe nicht umgedeutet werden, so Angerer. Die überparteilichen Gespräche der vergangenen Tage bezeichnete Angerer als „Polit-Show“. Diese sei von Windkraftlobbyisten geprägt worden.

Tatsächlich hatte der Verfassungsdienst vergangene Woche festgehalten, dass ein Totalverbot von Windkraft in Kärnten nicht möglich sei, da es Verfassungs- und EU-Vorgaben widerspreche – mehr dazu in Offene Fragen nach Nein zu Windkraft.

Urtz: „Übererfüllung der Pflichten“

Professor Christoph Urtz vom Institut für Öffentliches Recht an der Universität Salzburg betonte in der Pressekonferenz am Montag, dass Kärnten keine unmittelbare Pflicht zum Ausbau der Wind-Energie habe. Überdies sei Kärnten laut Urtz aus dem Schneider: „Probleme kann es nur für den unwahrscheinlichen Fall geben, dass der Europäische Gerichtshof in einem Vertragsverletzungsverfahren feststellt, dass Österreich insgesamt seiner Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Und dann muss der Bund prüfen, welches Bundesland dafür verantwortlich ist. Bei dem derzeitigen Stand ist es nicht absehbar, dass Kärnten hier in die Pflicht genommen wird.“

In Kärnten sei laut Urtz vielmehr „eine Übererfüllung der Pflichten“ festzustellen, was die Erneuerbare Energie angehe. Denn dazu zähle nicht nur die Windkraft, sondern auch Photovoltaik und die Wasserkraft.

Landesregierung will Kompromiss erzielen

Die Landesregierung wiederum sieht sich nach Gesprächen mit dem Bund bestätigt, dass es kein Totalverbot geben dürfe.

„Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind klar und unmissverständlich. Es gilt

nun, an einem Kompromiss zu arbeiten, bei dem alle aufeinander zugehen müssen“, sagte LH-Stellvertreter Martin Gruber von der ÖVP am Montag.

In der kommenden Woche am Montag (27. Jänner) sollen die überparteilichen Gespräche fortgeführt werden. „Nach den sehr konstruktiven Gesprächen, die wir mit Organisationen wie dem Alpenverein geführt haben, sehen wir sehr viel Bereitschaft dazu, eine tragfähige Lösung zu finden“, betont ÖVP-Landesrat Sebastian Schuschnig.

red, kaernten.ORF.at

Links:

- Offene Fragen nach Nein zu Windkraft
- Befragung: Mehrheit gegen Windkraft
- FPÖ will Windrad-Verbot in Verfassung